

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtli. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gescheinungsweise: täglich (mit Werktag).
Bezugspreis: monatlich 3.90 Mark einschl. Postabfertigf.
oder Bringfracht,
Telefon Nr. 82. — Kontaktkonto 24915 Aachen u. W.

Gegrün. 1888.

Berantw. Redaktur Hans Künthe,
Dose und Verlag der H. G. Salzgitter Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltenen 3-Wochenzeitungen oder deren
Summ 70 Pf. Nr. 91 zum breite Mellaerste 2.10 M.
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigenanträge bis 5 Uhr vormittags des Tages.

Nummer 175

Limburg, Montag, den 2. August 1920.

83. Jahrgang

Die Wirtschaftslage.

Die verzweifelte Finanzlage des Reiches.

Berlin, 31. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsausschusses des Reichstags maßte der Reichsfinanzminister Mitteilungen über die Finanzlage des Reiches, die sich als noch viel schämmter herausstellten, als bisher angenommen wurden. Der Minister zeigte mit einem Fehlbeitrag allein in den großen Reichsvertrieben der Eisenbahn und Post von mindestens 20 Milliarden. Dazu kommen Fehlbeiträge im ordentlichen Etat von zwölf Milliarden und im außerordentlichen Etat von zwölf Milliarden Mark. Auf der Ausgabenseite ergibt sich also ein Fehlbeitrag von 36 Milliarden Mark, mit dem im laufenden Jahre zu rechnen sein wird. Dabei ist noch nicht einmal bekannt, ob auch die Lasten des Kohlenabkommens von Spa, die mit mindestens 6 Milliarden zu bezahlen sind, eingerechnet wurden. Auf der Einnahmeseite ist mit erheblichen rückständigen Einnahmen zu rechnen, die ebenfalls Milliarden betragen. Alles in allem steht das Finanzjahr mit einem Fehlbeitrag von mindestens 40 Milliarden, wahrscheinlich einem noch höheren. Gleichzeitig hat der Minister dem Reichstag eine Entschuldigung abgebracht. Aus ihr geht hervor, daß das Deutsche Reich bis zum 31. März einschließlich der Verpflichtungen aus nicht diskontierten Schahamweisungen 196 Milliarden Schulden hatte und daß sich die Gesamtshuld des Reiches am 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden belief. Davon waren 123.8 Milliarden schwedende Schulden. Allein der Monat Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Höhe von 11.5 Milliarden auf. Unter diesen Umständen ist es ausgeschlossen, daß es selbst stärkste Anspannung der Steuerkraft gelingen kann, unseres Etat wieder in Ordnung zu bringen. Wir werden weiter Schulden machen müssen, ohne dabei zu fragen, wie je diese Lasten abgetragen werden sollen. Unter allen Umständen muß man sich stärker als bisher gegen neue Belastungen, die nicht unbedingt notwendig sind, wenden, und darf nicht aus irgendwelchen Agitationsgründen, wie es in der letzten Zeit immer wieder geschah, mit Hunderten von Millionen umherwerfen, sonst treiben wir unweigerlich einer Katastrophe zu.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Berlin, 30. Juli. (WTB.) Der Untersuchungsausschuss des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich in seinen beiden ersten Sitzungen am 28. und 29. Juli mit der Frage der Bevölkerung der Kartoffeln und des Fleisches. Die Regierung hatte dem Ausschuss den Entwurf einer Verordnung zur Begutachtung vorgelegt, die als Übergangsmaßnahme und zur Vorbereitung der neuen Vieh- und Fleischwirtschaft die Aushebung der Fleischlager vorschlägt, die durch die örtliche Rundenliste erzeigt werden soll. Ansätze der Rundenliste soll auf Wunsch einzelner Landesregierungen aber auch die Einführung der Gemeindeleistung zulässig sein. Der Verordnungsentwurf sieht auch die Fleischversorgung der Selbstversorger dadurch zu verbessern, daß zukünftig nicht mehr die Gewichtsmenge, sondern ganze Schlachttiere als Berechnungsgrundlage der Selbstversorgung zugelassen werden sollen. Daneben sind noch einige andere Bestimmungen zur Erleichterung der Selbstversorgung mit Fleisch vorgesehen. Der Ausschuss, der sich nur guttäglich zu äußern hatte, erklärte sich mit großer Mehrheit gegen diese Verordnung. Sein Hauptbedenken war, daß durch die Annahme der Regierungsverordnung, die eine Weiterbefreiung der Gasthäuser vorsieht, eine starke Bevorzugung derselben Kreise eintreten muß, die in den Gasthäusern ihre Mahlzeiten einzunehmen. Zwar besteht dieser Zustand tatsächlich heute schon, ihn aber gesetzlich festzulegen, erscheint dem Ausschuss bedenklich. Die Aussprachen, die sich nicht nur auf die vorgelegte Verordnung beziehen, sondern auch eingehend die Gründe für und wider die Fortdauer der Zwangswirtschaft erörterte, endete mit der Annahme eines Beschlusses, wonach das Gutachten des Ausschusses auf Aushebung der Zwangswirtschaft nach einigen Monaten bei vorläufiger Beibehaltung der Fleischlager lautet. Die Aushebung soll erst erfolgen, wenn gewisse Übergangsmäßigkeiten wie die Schaffung von Fleischreserven, die Einführung von Futtermitteln und der Abschluß von Lieferungsverträgen durchgeführt würden. Bezüglich der Kartoffelwirtschaft wurde die Aushebung der Gewirtschaftung der Kartoffeln einstimmig beschlossen. Auch hier wurde jedoch an die Aushebung der Zwangswirtschaft die Bedingung geäußert, daß die Gemeinden durch den Abschluß von Lieferungsverträgen ein Quantum von 35 Millionen Tonnen für die städtische Bevölkerung sicherstellen, und daß außerdem Vorsorge für weitere Kartoffelreserven, womit etwa übrige Notstände bekämpft werden können, getroffen wird. Die Fabrikation von Kartoffelsoden und Kartoffelstärke soll im kommenden Winter in der bisherigen Weise weiter geführt werden, weil auch dadurch Kartoffelreserven gesichert werden. Der vollwirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat den hier behandelten Beschlüssen seines Unterschlusses für Ernährung und Landwirtschaft in seiner heutigen Sitzung die erforderliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, 30. Juli. (WTB.) In der gestrigen Sitzung des badischen Landtages erklärte der Minister des Innern, daß die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden den schärfsten Widerstand der Reichsregierung gefunden habe und Repressalien zu befürchten seien. So wurden keine Kartoffeln von Norddeutschland nach Baden ausgewiesen. Die Badische Regierung hat die Schwierigkeiten vorausgesehen und warnte den Landtag, einer teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft zuzustimmen. Trotzdem hat

der Landtag einstimmig den Antrag angenommen, wonach die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Öl, Schlachttiere, Fleisch, Fett, Tabak, Flachs und Honig alsbald aufgehoben werden soll.

Aushebung der Fleischlager auch in Württemberg.

Rach einer Stuttgarter Meldung der „Württembergischen Ernährungsministerium“ hat das Württembergische Ernährungsministerium bekanntgegeben, daß vom 17. August ab in Württemberg die Fleischlager aufgehoben wird.

Herabsetzung der Braunkohlenpreise.

Berlin, 30. April. In einer bis in die späten Abendstunden dauernden Sitzung beriet der Reichskohlenverband zusammen mit dem großen Ausschuss des Reichskohlenrates über eine Herabsetzung der Braunkohlenpreise. Nach der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Hirsch abgehalteten Verhandlung beschlossen beide Rätschäften den Preis für das mittlere und ostdeutsche Revier bei Brüel um 19 Mark je Tonne, bei Roh-Braunkohle um 9 Mark je Tonne herabzulegen, für das rheinische Gebiet den Preis für Brüel um 12 Mark, für Rohbraunkohle um 5 Mark herabzumindern. Hierzu kommen für die Verbraucher noch 20 Prozent obiger Beträge, die an Kohlensteuer gespart werden. Der Beschluß bedeutet eine Herabsetzung der Braunkohlenpreise um etwa 12 bis 15 Prozent und stellt einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege des allgemeinen Preissabbaus dar.

Die Erfüllung des Kohlenabkommens.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz in einer Unterredung über die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa: Das Leitwort der Regierung sei: Wir wollen erfüllen. Wir wollen bis zum 15. November zeigen, was wir können. Die Durchführung des Abkommens sei eine schwere organisatorische Aufgabe für die das Rabinett in seiner Gesamtheit die Verantwortung übernehme. Nach einem Rabinettsschluß werde das Reichswirtschaftsministerium die Führung bei der Angelegenheit übernehmen. Dem Reichs-Arbeitsministerium werden starke Lasten zufallen und das Verkehrsministerium lege sich vor der Bewältigung schwerer Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsfragen. Da die Steigerung der Kohlenförderung in erster Linie eine Arbeiterfrage und damit eine Ernährungsfrage sei, sei die Mitwirkung des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gleichfalls erforderlich. Über die Stellung der Bergarbeiter sagte der Minister, daß Befreiungen mit den Bergleuten in Bochum und in Berlin das Ergebnis gehabt hätten, daß die Bergarbeiter helfen werden, die schweren Lasten zu tragen.

Die Notlage der Zeitungen.

Paris, 25. Juli. Die Verleger im Modesturk-Versammlung des Augustinus-Vereins beantragte ihren ersten Vorbericht, in den bevoelten Berliner Beratungen auf das entschiedenste für die bedrohten Organe der Presse einzutreten. Im Einzelnen verlangt die Versammlung: 1. Es darf kein Postgebührentarif in Kraft treten, ehe nicht vorher auch die zuständigen Vertreter der kleinen und mittleren Presse, Verleger wie Adelskreise, geholt werden. 2. Bezuglich der Anzeigentaxe, die für alle Blätter eine unzulässige Belastung bedeute, muß unbedingt erreicht werden, daß die Steuertarife vierteljährlich, nicht jährlich, angehoben und berechnet werden. 3. Die Senning des Zeitungspapier-Preises ist eine Lebensfrage für die ganze deutsche Presse. Sie muß unter allen Umständen und unzulässig herbeigeführt werden. 4. Die Versammlung verlangt die Ausarbeitung einer die gegenwärtigen Nöte der gesamten Presse späp und klar behandelnden Denkschrift.

Deutschlands Brandschatzung.

Paris, 30. Juli. (WTB.) Havas, Pertinax veröffentlichten im „Echo de Paris“ einen Artikel über die Verbündungen in Syrie und Boulogne, aus dem folgendes bemerkenswert ist: „Um die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles, was die Wiedergutmachungen anbelangt, zu erreichen, werden die Alliierten versuchen, deutsche Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt unterzubringen, und zwar nach folgenden Prinzipien: 1. Die Wiedergutmachungskommission wird alle Anleihen und Finanzoperationen des deutschen Reiches im Auslande kontrollieren. 2. Das Ergebnis dieser Anleihen wird von Deutschland zur Zahlung der Wiedergutmachungsumme verwendet werden. Ein Fünftel aber wird Deutschland zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse verwendet können. 3. Als Garantie für diese Anleihen wird ein Depot-deutscher Industriewerte, die Einnahmen der deutschen Zollbehörden, die Zahlungen Deutschlands, die noch nicht definitiv dem einen oder anderen der Alliierten überwiesen worden sind und eventuell der Erlös 248 des Vertrages von Versailles den Alliierten ein Brüder gewährt. In dem Artikel 248 des Vertrages von Versailles handelt es sich tatsächlich um alle Einkünfte des deutschen Reiches und der einzelnen Staaten. Die alliierten Regierungen werden nunmehr die Wiedergutmachungskommission erlauben, die endgültige Höhe der Summe festzulegen, die Deutschland an die Alliierten schuldet, sowohl die Gesamtsumme als auch die Modalitäten der Jahreszahlungen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits eine feste Zahl unter sich vereinbart, unter der sie kein Kompromiß eingehen werden. Die alliierten Regierungen haben sich zugunsten von 42 feststehenden Jahreszahlungen von je drei Milliarden

Geldmark ausgesprochen, zu denen noch von 1926 ab 37 weitere Jahrestaten kommen sollen, die sich stetigweise von 4 zu 5 Jahren erhöhen. Die Summe, deren Zahlung auf diese Art und Weise vorgesehen ist, beläuft sich bis zum Jahre 1963 auf 270 Milliarden Francs. Um sich dieser Schuld zu entledigen, mußte sich Deutschland während des angegebenen Zeitraumes durchschnittlich jährlich 6 Milliarden bezahlen.“

Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

Berlin, 30. Juli. (WTB.) Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in allen drei Legionen angenommen. Die Deutschen Nationalen und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben dagegen gestimmt. Bei der Beratung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der linken Linken.

Anrechnung von Kriegsdienstjahren.

Nach einem Entwurf, der zunächst dem Reichstag zugestellt wird, soll allen Beamten, die im Kriege auch als Nichtkriegsteilnehmer Dienst getan haben, auf ihr Beoldungsdiestalter der Zeitraum von 4,5 Kriegsjahren einzurechnen.

Die Überwachung der Post.

Berlin, 30. Juli. (WTB.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es wird zurzeit die Postüberwachung noch nach der alten Verordnung gehalten. Sie darf aber nicht zu militärische und politische Angelegenheiten ausgedehnt werden, sondern dient der Behörde als wichtigstes Mittel lediglich zur Bekämpfung der Kapitalflucht nach dem Auslande. Die zuständigen Stellen sind bestrebt, durch den Überwachungsdienst keinerlei Verzögerung oder Behinderung des Postverkehrs nach dem Auslande zu verursachen.

Direkte Kabelverbindung mit Ostpreußen.

Berlin, 30. Juli. (WTB.) Um den Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Ostpreußen von Polen unabhängig zu machen, ist ein Kabel zwischen Ostpreußen und der polnischen Küste gelegt worden, das voraussichtlich etwa am 4. August fertiggestellt sein wird. Es soll in erster Linie den Verkehr der Städte Berlin, Stettin, und Hamburg zugute kommen. Das Kabel, das in Peba beginnt und in Tolkitten endet, ist das längste Fernsprechkabel der Welt mit 170 Kilometer Länge, während das bisher längste Kabel nach Schweden 135 Kilometer mißt.

Die Tschechentransporte.

Cuxhaven, 30. Juli. (WTB.) Die gestern hier gelandeten Tschecho-Slowaken wurden in drei Sonderzügen nach der Heimat befördert. Die Waffen folgen in späteren Zügen nach, so daß die Truppen waffenlos durch Deutschland reisen. Ein Mitglied des Hamburger Arbeiterrats ist zur Prüfung der Waffenfrage hierhergekommen.

Das Flaggen im besetzten Gebiet.

Koblenz, 30. Juli. (WTB.) Die interalliierte Rheinlandskommission hat unter dem 22. Juli eine Verordnung betreffend das Flaggen erlassen. Diese Verordnung tritt am 5. August in Kraft. Danach sollen die örtlichen Behörden oder Veranstalter von Umzügen, die nationale Fahnen aussieben oder mit sich tragen wollen, mindestens 48 Stunden vorher dem betreffenden Kreisdelegierten der interalliierten Rheinlandskommission Anträge zur Genehmigung vorlegen. Dieser kann die Genehmigung verweigern, falls er Bedenken gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung und die Sicherheit der Besatzungstruppen durch die Veranstaltung gefürchtet werden könnten. Auf die auf dem Rhein verkehrenden Schiffahrzeuge findet die Verordnung keine Anwendung.

Die zurückgehaltenen Gefangenen in Avignon.

Berlin, 30. Juli. Der unabhängige Abgeordnete Vinckli hat folgende kleine Anfrage eingebracht: In dem Depot Avignon werden noch 400 Kriegsgefangene festgehalten, die wegen Disziplinarvergehen zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden sind und bei denen die Gefahr besteht, daß sie seelisch und körperlich zugrunde gehen. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Befreiung dieser Gefangenen zu erreichen oder ihr Schicksal zu erleichtern?

Ein Dementi.

Danzig, 30. Juli. (WTB.) Gestern abend war die Ruhe wieder hergestellt. General Hayns, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing gestern abend den Vertreter der Danziger Presse und dementierte die Nachricht des Organs der unabhängigen Sozialdemokraten, wonach nach 22 englischen Soldaten wegen Verweigerung der Entlastung des Munitionsdampfers „Triton“ in Haft gesetzt worden seien sollten.

Willkürliche Grenzfestsetzungen durch die Entente.

Natibor, 31. Juli. (WTB.) Die „Neue Oberschlesische Zeitung“ meldet: Die Polnischstaatenkonferenz in Paris hat über die Grenzfürderung zwischen der Tschecho-Slowakei und dem Hultschiner Landchen und dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet eine neue Entscheidung getroffen, daß die Grenze, die die polnisch-tschechoslowakische Grenzfestsetzungskommission festlegte, bis

zur Beendigung der Abstimmung als Grenze zwischen der Tschecho-Slowakei und Oberschlesien gilt. Wird das oberschlesische Gebiet durch die Abstimmung polnisch, dann ist die Grenze endgültig. Bleibt das Abstimmungsgebiet deutsch, so wird nochmals in die Prüfung der Grenzziehung eingetragen werden. Die Entscheidung bedeutet, daß die Ortschaften Habsch, Sandau und Olszach vorläufig bis zur Beendigung der Abstimmung unter tschecho-slowakische Verwaltung kommen. Das Reichsministerium des Auslands in Berlin wird gegen diese neue Vergewaltigung scharf protestieren. Die Gemeindevorsteher der drei Gemeinden begaben sich zum Vorhenden der Interalliierten Kommission, General Verdon, und baten um Abänderung der Entscheidung.

Der polnische Heeresbericht.

Warschau, 30. Juli. (WTB.) Generalstabsbericht vom 29. Juli: Auf dem Nordflügel unserer Nordfront drang der Feind in Ossowice ein. Starke Patrouillen, die er in der Richtung auf Lomza und Wilna auswandten, wurden durch unsere Abteilungen verjagt. Unser Gegenangriff zur Wiedergewinnung der Linie Grajewo-Ossowice ist im Gange. Südlich von Bialystok und westlich der Bialowieschen Heide besetzten wir allmählich die vorbereiteten Stellungen. Südlich der Robiner Chaussee lachten Abteilungen der polnischen Truppen eine bolschewistische Infanteriebrigade in einen Hinterhalt, vernichteten die Brigade, machten einige hundert Gefangene und erbeuteten 16 Maschinengewehre. Im Süden haben unsere Abteilungen in der Gegend von Brody eine betitigte Armee des Feindes angegriffen. Nähere Meldungen über den Ausgang dieses Kampfes stehen noch aus. Am Sonntag ist die Lage unverändert.

„Alles wird KD. gemacht“.

Nach einer Meldung der „Morgenpost“ wird in der früheren Provinz Posen die Einziehung der Jahrgänge 1890 bis 1895 rücksichtslos durchgeführt. Die Leute werden, auch wenn sie für Deutschland optiert haben, auf der Straße verhaftet und in die Arme gestellt.

Ein russischer Bericht.

Paris, 30. Juli. (WTB.) „L'Avant“ veröffentlicht einen Bericht aus Moskau, in dem es heißt: Wir haben die Festung Ossowiec eingenommen und Gefangene gemacht. Wir versetzen den Feind weiter in der Richtung auf Lomza. In der Gegend von Bialystok haben unsere Truppen verschiedene Eisenbahnpunkte genommen. Der Feind leistet nur noch schwachen Widerstand. In der Gegend von Tarnopol kam es zu einem Gesetz. Unsere Truppen haben den Sonntag überschritten.

Der Bolschewisten-Zug nach Osten.

Konstantinopel, 31. Juli. Die Bolschewisten begannen, ihren Weg nach Indien und Persien zu bahnen. Zu diesem Zweck sind ungefähr 100 000 Mann in Aserbaidschan konzentriert. 10 000 Perser liegen in Bahnhöfen und werden dort militärisch ausgebildet. Sie sollen den Vormarsch auf Persien beginnen.

Die Entente bricht den Friedensvertrag.

Wien, 30. Juli. (WTB.) In einem mit „Vertragsverein der Entente“ überzeichneten Artikel erklärt die „Reichspost“, trotz des Vertrages und trotz der Abstimmung habe die Entente das rechte Wechselseiter den Polenugesprochen. Diese Entscheidung, welche einen offen zutage tretenden Bruch des Versailler Vertrages darstelle, sei geeignet, es deutlich zu machen, daß die Vertragsbestimmungen des Vertrages von Versailles dann nicht als unumstößlich gelten, wenn aus ihrer Erfüllung der Entente Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten erwachsen.

Die Nationalitäten-Frage in Südtirol.

Nach einer Meldung des „Lokal-Anzeigers“ aus Lugano stellt in der parlamentarischen Kommission zur Beratung des Friedens mit Österreich der Abgeordnete Turati einen Antrag auf Trennung von Südtirol in zwei Provinzen, eine nördliche für den deutschen und eine südliche für den italienischen Landesteil.

Das 50-jährige Jubiläum der französischen Republik.

Paris, 29. Juli. (WTB.) Der Antrag, das Jubiläum der französischen Republik am gleichen Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes, also am 11. November zu begehen, ist von dem Kammerausschuß angenommen worden.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

32) Es war klar, er arbeitete bereits auf den Bruch hin. Nein — es konnte gar nicht anders sein! Wie hätte er sonst wegen der kleinen Verzögerung solchen Värm schlagen können?

Aber natürlich — er mußte ja einen Vorwand suchen. Ganz ohne Anlaß konnte er ihr doch nicht eines schönen Tages den Stuhl vor die Tür setzen. Plötzlich griff sie sich verzweifelt mit beiden Händen an den Kopf.

War es denn möglich? Er wollte wirklich fort von ihr? So sollte alles enden? Aber sie liebte ihn ja! Sie konnte ihn nicht verlieren! Nie würde sie das überleben.

Was tun? Um Gotteswillen, was tun? Sägte es in ihr. Die abenteuerlichsten unmöglichsten Gedanken freuten ihren Kopf.

Wenn sie sich ihm zu führen würde! Ihn anslehte — Nein! Das ging nicht. Liebe ließ sich nicht erzwingen. Er würde sie auslachen — im besten Fall bemitleiden!

Dann erwachten wieder Trost und Eisefurcht in ihr. Mußte sie denn geben? Wenn sie nun einfach nicht in die Scheidung willigte?! Dann half der Fürstin all ihre Liebe nichts.

Draußen erklang die Klingel. Nebenan ließ sich unzulängliches Stimmengemurmel vernehmen. Heidlos Ordination hatte begonnen. Aber Daniela hörte es nur wie im Traum. Sie hatte heute nicht einmal wie sonst das Bedürfnis, zu hören. Wozu auch? Sie wußte ja nun, was geschehen würde.

Aber plötzlich horchte sie doch gespannt auf. Eine weiche, helle weiche Frauenstimme, die sie noch nie gehört hatte, sprach, drinnen. Sprach laut und begeistert —. Das Wort „Lebensretter“ schlug an Daniels Ohr, alles andere blieb unverständlich. Sie sprang auf und schlich an die Tür. Lautlos schloß sie die schwere Portiere zurück. Sie wußte aus Erfahrung: wenn man das Ohr dicht an das Schloßloch legte, konnte man trotz der Polsterung innen verstehen, was gesprochen wurde.

Die „Boches“ in der französischen Kammer.

Bei der Beratung des Amnestiegesetzes in der Kammer kam es gestern zu einem Zwischenfall. Der Kriegsminister wandte sich gegen einen sozialistischen Abänderungsantrag, der die Amnestie auch für die Reutereien der Schwarzen Meerkotte verlangt. Die Rede des Ministers wurde von der Kammer unter erregten Zwischenrufen der Linken mit Beifall aufgenommen. Darauf folgten die Tumulte, über die eine Straßburger Zeitung folgendes berichtet:

Mehrere Abgeordnete des Elsasses und Lothringens, darunter der Comte de Leusse, Dr. Francois und Dr. Plegier, beglückwünschten ihn lebhaft. Da fällt von den Bänken der äußersten Linken das Wort „Boches“ und eine furchtbare Erregung bemächtigte sich der Kammer, als mehrere Abgeordnete, darunter Le Vire, ausspringen und austreten: „Unsere elässischen und lothringischen Abgeordneten sind als Boches bestellt worden, wir verlangen eine Erklärung!“ Mehrere Abgeordnete der Rechten, unter ihnen Dr. Francois, gehen mit geballten Fäusten gegen die Bänken der Linken vor, von denen angstliche Rufe erklingen: „Pas noi!“ Die Saaldienstler springen den Aufgeretteten in die Arme und halten Dr. Francois nur mit Mühe zurück, während der Abgeordnete Jäger den Sozialisten zuruft: „Betrachten Sie sich als geohrfeigt!“ Bei der ungeheure Erregung, die sich der Kammer bemächtigt hat, gelingt es dem Präsidenten Arago nur mit Mühe, zu Worte zu kommen. Man bezeichnet ihm als den Aufer den sozialistischen Deputierten Chauzy. Dieser bestreitet ihm die Aeußerung getan zu haben und erklärt, er habe niemanden mit Boche bestellt, er habe nur gesagt, daß damals, als die Dinge, die heute zur Debatte ständen, vorsieben, die elässischen und lothringischen Abgeordneten noch bei den Boches gewesen seien. Die Erklärung wird von der Kammer sehr faßt und zum Teil mit ironischem Gelächter aufgenommen.

Ein amerikanisches Geschwader nach der Türkei unterwegs.

Washington, 30. Juli. (WTB.) Das Marinedepartement gibt bekannt: Der Kreuzer „St. Louis“ und sechs Zerstörer gehen wahrscheinlich in 14 Tagen nach den östlichen Gewässern ab, um die dort liegenden Schiffe zu verstärken und nötigenfalls das Leben und Eigentum der dortigen Amerikaner zu schützen.

Aus Noskes Kieler Erinnerungen.

Der frühere Reichswehrminister Noske hat in einem Buche: „Von Kiel bis Kapp“ Erinnerungen aus der Revolution zusammengestellt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen aus dem Werke, das in den nächsten Tagen im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35, erscheinen wird, die Schlünderung Noskes von der letzten Fahrt der deutschen Flotte.

Au sein bloßes Machtwort hin mußte die solche deutsche Flotte dem Sieger ausgeliefert werden. Der Waffenstillstand bestimmte die Internierung der besten unserer Kriegsschiffe in einem noch zu nennenden Hafen. Mit der Arbeit für die Abrüstung der Schiffe und der Vorbereitung für die letzte Fahrt mußte unverzüglich begonnen werden. An Mannschaften dazu fehlte es nicht, trotzdem in großem Umfang Entlassungen erfolgt waren, um den überhöhten Kessel Kiel, wo gegen 80 000 Mann zusammengehalten waren, zu entspannen. Die Leute drängten auch nach Hause. Je nachdem, in welche Hände sie kamen, sind die Matrosen im Lande der Schreden der Bevölkerung oder ihr sicherer Schutz geworden. Das Menschenmaterial war nicht schlechter als unser Volk im allgemeinen. Nur weniger verbraucht als die Landsleute und deshalb waren die Blaujacken in der Regel unternungslustiger.

Regelrechter Dienst wurde auf den Schiffen nicht getan. Offiziere, die auf Ordnung waren, wurden an Bord nicht geduldet. Zwar wurden Kommandanten gewählt, doch hatten sie keine Befehlsgewalt. Nur einzelne dieser Leute wußten sich Autorität zu verschaffen. An Bord eines Schiffes belligte sich ein Mann bei mir, er habe kein Mittagessen erhalten. Der Soldatenrat dieses Kreuzers lehnte durch, daß es nichts zu essen gab, wenn jemand nicht vorsätzlich zu der geringfügigen Arbeit erschien. Andere Schiffssleiter mußten sich allerdings gefallen lassen, während

„Lebensretter“ — das konnte nur die Fürstin Fabian sein! Vielleicht hatte sie in ihrer verliebten Ungeduld gar nicht erst bis morgen warten wollen.

Aber sie war es nicht, sondern Lore Sand. Denn eben sagte Heidlos: „Es ist sehr lieb von Ihnen, Frauulein Sand, daß Ihr erster Weg, nachdem Sie das Sanatorium verlassen haben, mir gilt!“

„Es ist nur natürlich,“ antwortete die weiße Mädchenstimme. „Verdanke ich Ihnen denn nicht alles? Dah ist wieder ein lebensfähiger Mensch bin, arbeiten kann und nun sogar an ein Glück denken darf, das mir ohne Sie ewig verschlossen geblieben wäre! Vieviel haben Sie für mich getan! Sogar an eine Wohnung dachten Sie, wie man mir sagte —“

„Waren Sie schon draußen?“ unterbrach er sie rasch.

„Nein. Es drängte mich zuerst, Ihnen noch einmal so recht aus Herzengrund zu danken!“

„Ach, lassen Sie das doch! Der beste Dank für mich ist, wenn ich zu zweien in Ihr frisches, liebes Gesichtchen sehen und ein Stündchen mit Ihnen verplaudern darf! Dann darf ich mir ja sagen: dies ist ein wenig mit dein Werk! Glauben Sie mir, darüber verwinde und vergesse ich — manche bittere Enttäuschung!“

„Gibt es solche auch für Sie, den fünen Bezwinger von Leid und Tod?“

„Sie bleiben wohl niemand einsam! Doppelt bitter sind sie, wenn sie uns — mitten ins Herz treffen! Denn das Herz verhindert Enttäuschungen nicht so leicht, als der Verstand. Nur die teilnehmende Wärme eines anderen Herzens kann dann den Glauben in uns wieder aufrichten, daß es auf dieser Erde überhaupt noch Gutes gibt — aber lassen wir dies,“ unterbrach er sich, wie ärgerlich über sich selbst, so viel gehaßt zu haben. „Wir wollen lieber von Ihnen sprechen, das ist erträglicher. Haben Sie sich schon einen Plan gemacht, wie Sie Ihre Zeit draußen verbringen werden? Denn vor dem Herbst dürfen Sie nicht daran denken, den Schulunterricht wieder aufzunehmen — wenn Sie es überhaupt je wieder tun.“

gewaltige Kerle drohten, ihnen den Schädel einzuschlagen, wenn ihnen Befehle gegeben würden. Die Mehrzahl der Schiffe geriet in einen Zustand arger Verlotterung.

Samstag abend, 16. November, gab es neue ungewöhnliche Gelegenheiten. Der Flottenchef hatte eine Anzahl großer Kreuze von Wilhelmshaven nach zwei Jahren lassen, damit die dort beheimateten Leute sich von ihren Angehörigen verabschieden könnten. Bisher waren die Bevölkerung der Schiffe noch ziemlich seit in der Hand der Kommandanten gewesen. Sowie die Leute an Land waren und erfuhrten, wie in Kiel mit den Offizieren aufgeräumt worden war, gerieten sie in radikales Hausrat. Versammlungen wurden an Bord abgehalten, und die Ausschiffung militärischer Offiziere gefordert. Die Marschfähigkeit der Schiffe stand in Frage gestellt werden. Sonntag morgen sah ich deshalb früh in der Pinasse und fuhr zu den Schiffen heraus, hielt Ansprachen, verhandelte mit Vertraulensleuten und Offizieren mit dem Ergebnis, daß man rechtzeitig den Kanal passierte.

Zu den Schiffen, auf denen es mit der Arbeit nicht vorzugehen wolle, gehörte das Schlachtschiff „König“, auf dem am 5. November der Kommandant niedergeschossen worden war. Ich ging eines Tages an Bord, ließ anrufen und machte den Leuten gehörig den Standpunkt klar. Schiffsleutnant spielte eine kleine Obermatrose O..., der in belustigender Weise mit nur nur im Tone strengster militärischer Unterordnung sprach. In strammer Haltung hat nie ein Mann vor seinem Admiral gestanden, als er vor mir. Er gelebt, nun wurde mit dem Aufgebot aller Kraft gearbeitet werden. Er und seine Leute hielten Wort. Eines Tages erhielt ich folgendes Schreiben:

„Hochzuverehrender Herr Gouverneur!“

Der Soldatenrat vom Kriegsschiff „König“ bittet im Einverständnis der Offiziere und Kadetten, Herrn Gouverneur vor Fortgang des Schiffes zur Internierung zu einem geselligen Zusammentreffen Samstag abend, 8 Uhr, herzlich einzuladen. Auf das Ereignis rechnet mit großer Beihilfe der erste Vertraulensmann. Es liegt ihm sehr daran, Herr Gouverneur die umwälzende Wirkung Ihrer letzten Rede zu versichern. Schiff ist klar zur Internierung. Der erste Vertraulensmann vom Minenschiff „König“: O...“

Pünktlich traf ich mit zwei Mitgliedern des Soldatenrates an Bord ein. Feierliche Begrüßung stand statt. Dann wurden wir in die Offiziersmesse geleitet. Die Rangordnung wurde streng innegehalten; auf dem Ehrenplatz der Gouverneur, rechts der Kommandant-Soldatenrat, links von mir der Offizier, der das Schiff führen sollte. Dann folgten der erste Ingenieur, die anderen Offiziere, die Decksoffiziere und Chargierten. Die Mannschaften saßen von draußen zu; im Neberraum machte die Schiffskapelle Tafelmusik zu belegten Broten und Bier. Mit einigen ersten Worten verabschiedete ich mich von den Leuten, gedachte der Kiel unteren Brotes und wünschte ihnen gute Heimkehr von der traumtollen Fahrt. Wenn der Anlaß nicht so traurig gewesen wäre, hätte man sich vor Vergnügen lugeln können wegen der Rede, die der kleine O... hielt. Einen blöden Phrasenbrei hab ich kaum vorher gehört. Zum Schluss verabschiedete dieser Revolutionär, er holt es mit Bismarck und sage: „Wie Deutschen jüchten Gott allein und sonst nichts auf der Welt.“ Ich machte, daß ich nach Hause kam.

Es war ein übler, düsterer Novembertag, als ich am 17. November gegen Mittag auf der Kanalschleuse stand, um der Abfahrt der Schlachtschiffe zuzusehen. Riesigen eiserne Festungen gleich schoben sich die modernsten Untergänge, von denen nur ganz wenige in der Schlacht gewesen waren, in die Räumen. Ein beträchtlicher Teil deutschen Radionachtmögens schwamm auf Zimmerwiedersehen der englischen Küste zu. Von der Mannschaft waren sich viele höchst der tiefen nationalen Schmach, die mit dieser Fahrt verbunden war, nicht bewußt. Es wurde geküßt und geliebt. Als aber von einem der Schiffe — den Namen habe ich vergessen — eine lustige Weise der Kapelle erklang, da sprach ich voller Elend aus, stieg in die Pinasse und ließ mich weit aufs Meer hinausfahren.

Lokaler und vermischter Teil.

Würzburg, den 2. August 1920.

„Promotion. Herr Ernst Friedrich Moser von hier promoviert an der Universität Würzburg zum Doktor iur. et rer. pol.“

„Das haben Sie mir bereits angekündigt und es trifft mich insofern nicht schwer, als ich ja vor Herbst ohnehin auf keine Anstellung rechnen könnte. Dafür will ich die unfreiwillige Muße benutzen, um meine Privatstunden wieder aufzunehmen.“

„Oho! Dagegen lege ich mein Veto ein. Sie sind geheilt, aber noch lange nicht arbeitsfähig. Sie werden also gar nichts tun als laulen, möglichst viel in frischer Luft sein und sich pflegen.“

„Das ist unmöglich! Mindestens einige Stunden nach ich erwähnen. Ich stehe schon so tief in Ihrer Schuld, daß ich abselut nicht.“

„Bah, reden Sie davon nicht! Ihr Fall hat mir Gelegenheit gegeben, mein Rennen zu zeigen, und das bringt mir ziemlich mehr ein, als die Hilfe, die ich Ihnen leiste, bis Sie selbst wieder ohne Schaden erneben können. Wer A sagt, muß auch B sagen — Sie haben sich mir einmal anvertraut, und ich will Sie nicht nur gesund, sondern auch frisch und kräftig dem Leben übergeben! Das wäre unvollständige Arbeit, wollte ich Ihnen bloß das bishen Leben und nicht auch die Fähigkeit, es dauernd zu bewältigen, gegeben haben!“

„Aber, Herr Dozent — wohin lämen Sie, wenn Sie die allen Patienten so dächten?“

„Sie sind eben nicht „alle Patienten“, sondern eine Ausnahme Fräulein Lore!“

„Nein — ich kann das auf keinen Fall annehmen.“

„Sie müssen es, wenn Sie wirklich einen Funken Dahlborkeit für mich fühlen! Warum wollen Sie mir nicht die kleine Genugtuung gönnen, doch wenigstens einmal ein wenig beizutragen zu dem Glück eines anderen Menschen?“

„Mir sei im Leben ohnehin nicht glücken wollt.“ Eine Stimme war weich geworden. Eine Pause trat ein.

Endlich sagte Lore Sand leise: „Gut, ich nehme es an, da es Ihr Wunsch ist. Aber nur unter der Bedingung, Ihnen später alles zurückzuerstatten, wenn ich dazu in der Lage bin.“

Fortsetzung folgt.

Der Steuervortrag des Herrn Dr. Goerke
Handwerkskammer findet am Dienstag nachm. 3 Uhr
im Gesellenhaus dahier statt.

Der ehemalige Reichswehrminister Rosse
Oberpräsident der Provinz Hannover, wird am
den 15. August in einer öffentlichen Versammlung
die gegenwärtige politische Lage sprechen.

Der Steuerauszug vom Arbeitslohn. Auf
die Anfragen bezüglich der Verlegung des Artikels 2
vom 21. Juli über die ergänzende Regelung des
Arbeitslosen wird von amtlicher Stelle
mitgeteilt: Die bis 1. August gemachten Abzüge
sind nach dem neuen Gesetz einzubehaltenden Be-
züge dann und nur insofern angerechnet werden, als sie
sich auf die Summe, die sich nach dem neuen Tarif
wurde.

Vom Limburger Innungsausschuss erhalten
die nachfolgende Zuschrift: Der Bericht vom 23. d.
der Handwerksversammlung vom 21. d. Mts.
der Richtigstellung: Nach Schluss der beiden Haupt-
rede wenig Zustimmung fanden, erhielt zur Dis-
cussi. das Wort der erste Vorsitzende (nicht Ehrenober-
ges. mehr als 20 Jahre bestehenden Handwerksver-
bundes Herr Schneider von Wiesbaden. Er wies darauf
dass sein Verband schon lange Jahre auf einen großen
Wohlstand hinarbeitete, dass dieser letztere aber nur durch
Anzahl und Vermehrung der Handwerkerrinnungs-Or-
tungen endlich zustande gebracht wurde, und zwar für das
alte Handwerk. Redner betonte scharf, dass der
Handwerksverband wohl in manchen allgemeinen Zielen des
Handwerks mit dem Gewerbeverein einig gehen würde,
da keine Handwerkerfragen und Anliegen nicht von
verbänden, welcher mehrere Stände vertreten soll, ge-
 löst werden könnten. Es sei eine geradezu
eine Aufforderung der beiden ersten Redner, wenn sie
sich, welche gesetzlich unter behördlicher Aufsicht stehende
betonen seien, in freie gemischte Verbände hineinlösen.
Er forderte alle Innungen auf, nur reinen Hand-
werksbuden beizutreten, welche auch dem großen Reichs-
tarif das selbständige Handwerk angehören. Der
Sessel der Anwesenden bewies ihre Zustimmung.
Zudem Beifall die weiteren Diskussionsredner Nauch,
Simonis und Thomas, die ebenfalls zum Eintritt
des Handwerksverbandes des Regierungsbezirks Wies-
baden eintraten. — Die Zukunft wird lehren, ob die neu-
einte Missorganisation, an deren Spitze meistens Nicht-
arbeiter sind, bei dem selbständigen Handwerksstand
findet.

Vom Raubzuge der Papierwucherer be-
reit „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, das
im Verbandes der Deutschen Buchdrucker, in seiner
Nummer einige interessante Dinge. Danach befanden
sich Berlin auf einem großen Lagerplatz unter freiem
Himmel seit vielen Wochen „ganz Berg“ von Rot-
papier, die den Inhalt von 350 Wagonen aus-
zu einer Höhe von 10 Millionen Mark dar-
stellen. Das teure Papier, das keiner Druckerei gehört, son-
dern noch in den Händen der Papierfabriken befindet, ist
im Winter ausgezogen, wird vom Regen durchnäht, von
Sommerhitze wieder ausgeglüht, verdorben zum größten
Teil das deutsche Buchdruckergewerbe leidet unter geradezu
hohen Papierpreisen und wird unter dem Druck
der Kartonmonopole ausgesaugt bis auf die letzten
Zentner. In scharfer Weise nimmt auch der Berliner „Bor-
ger“ das Hauptorgan der Wehrheitssozialdemokraten, ge-
gen die Landespolizei Zustände Stellung. Aber alles Kriti-
kum hilft nichts nützen, wenn nicht die Regierung mit eiserner
Festigkeit eingreift.

Kochberg, 30. Juli. Die Frau des Feldhüters
wollte, um das Herdfeuer schneller anzuzünden, Benzol
flamme. Es erfolgte eine sichtbare Explosion. Die
Frau wurde augenblicklich von den Flammen ergriffen und
in den leichten Verbrennungen. Ihre zwei Kinder
waren lebensgefährliche Brandwunden davon.

Tegel, 27. Juli. Teures Papiergele hat sich die
Wert von 10- und 50-Pfg.-Scheinen herstellen
Das Geld, das insgesamt einen Wert von 50 000
marken hat, 25 000 Mark Herstellungskosten ver-
ursacht.

Oberreisenberg, T., 31. Juli. Eine in englischer
Residenz verkaufte unter Vorauseitung
aus angeblichen englischen Beständen in Oberreisen-
berg. Der „Engländer“ erhält im voraus Geld in
die Hölle, hat aber bis heute den Jeder noch nicht ge-
zahlt. Die Oberreisenberger sind auf diese Weise ihr Geld
verloren.

Siegelnbogen, 30. Juli. Herr Tierarzt Dr. Schmidt
wurde zum Kreistierarzt ernannt und ihm die Kreis-
ärzte in Langenschwalbach verliehen worden.

Siegelnbogen, 31. Juli. Bei der vor einigen Tagen
vorgenommenen Zwangsvorsteigerung des Taunusprudels
der Erich Schmidt Rauher des Brunnens. Derselbe
ist denselben intensiver auszubeuten und den Wasser-
zu versiegern.

Limburg, 30. Juli. Die Schleifung der Festung
am 31. Juli beginnt die durch den Friedens-
schiede Schleifung der inneren und äußeren
Wälle von Mainz.

Französische Leimruten.

Lahnheim 30. Juli. (W.T.B.) Am 26. Juli wurde
im Mannheimer Generalanzeiger ein Beamter einer
Sicherheit unter rüchtigem Vorwand nach Ludwigs-
burg, drinnen von französischen Kriminalbeamten fest-
gesetzt, drinnen in einem Auto nach dem Festungsgefäng-
nis verbracht. Der betreffende Beamte war wäh-
rend des Krieges zweimal aus französischer Gefangenshaft

Arbeitsniederlegung ein Grund zu sofortiger Entlassung.

besonderen Fall hat jetzt der Oberpräsident
Brandenburg als Demobilisierungskommissar
Arbeiter, die freiwillig die Arbeit niederge-
lebt, keinen Anspruch auf Wiedereinstellung haben.
Arbeiter einer Filmgesellschaft war trotz Be-
tarifvertrages in den Streik eingetreten und
klage auf Wiedereinstellung erhoben. Der
Ausschuss Groß-Berlin wies die Klage ab mit der
Begründung, dass das Arbeitsverhältnis wäre durch Streik beendet
und der Arbeitgeber habe in diesem Falle das Recht zu sofortiger

Entlassung. In ihrer Berufung an den Demobilisierungskommissar hatten die Arbeiter besonders geltend gemacht, unter ihnen sei auch ein Schwerriegsbeschädigter, der ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle gar nicht entlassen werden könne. Der Demobilisierungskommissar bestätigte indes das Urteil des Schlichtungsausschusses mit der Begründung, dass die Sondervorschriften über die Beschäftigung Schwerriegsbeschädigter nicht in Frage kommen könnten, wenn es sich um fristlose Entlassung auf Grund der allgemeinen Gesetze handle.

* Porzellangeld in Sachsen. Im Gegensatz zum
Reich, das die Einführung von Porzellangeld als ungeeignet
ausgegeben hat, will Sachsen einen Versuch mit dem Meißener
Porzellangeld machen. Es soll zunächst für fünf Millionen
Mark Porzellangeld ausgegeben werden. Der Meißener staatlichen
Manufaktur ist die Herstellung eines Porzellanges gelungen, das in der Tat fast unverzähnlich ist; es wird
aus dem braunen, unverfälschten Böttcher-Porzellan
bestehen.

* Das fünftige Weltporto. Die Gebühren im
Weltporto-Verkehr sollen erhöht werden: eine Erhöhung der
Sätze ist aber nur auf Beschluss des Weltportovereins möglich.
Der nächste Postkongress tritt am 1. Oktober in Madrid zu-
sammen. Die Länder mit der Frankenwährung können diese
Gebühren vorher nicht erhöhen. Sie sind dort z. B. niedriger
als im inländischen Verkehr, während die Länder mit einer
anderen Währung ihre schlechte Valuta berücksichtigen können.
Die französische Postverwaltung will nun für gewöhnliche Briefe statt 25 Rappen für die ersten 20 Gramm
50 Rappen vorstellen und 20 statt 15 für jede folgenden
20 Gramm; die Postkarten sollen 25 statt 10 Rappen kosten,
Ansichtspostkarten mit höchstens fünf geschriebenen Wörtern
sollen aber nur 15 Rappen kosten. Auch die Einschreibenge-
bühr soll von 25 auf 50 Rappen verdoppelt werden, ebenso
der Anteil jedes Landes an der Paketgebühr von
50 Rappen auf einen Frank. Die Beförderung zur See soll
80 bis 100 Prozent teurer werden. Es ist nun fraglich,
ob der Weltpostkongress auf diese Vorschläge eingehen wird.
Besonders interessant darin scheint der Vorschlag, die An-
sichtspostkarte besonders zu behandeln. Auch in Deutschland
gibt es Bestrebungen, die Ansichtskarte, nur mit wenigen
Worten beschrieben, vorzugsweise zu befördern, um dadurch
die Postkartenindustrie wieder lebensfähiger zu machen und
auch ihren Export zu heben.

* Allerlei Steuer-Ideen wachsen nicht nur
üppig auf, sondern es kommen auch Vorschläge, wie (nach dem
Protest gegen den 10 prozentigen Abzug) die Steuern um
willigsten eingebrochen werden können. Der neueste dieser Vor-
schläge besteht in der Errichtung einer besonderen Lotterie, an
welcher alle diejenigen Steuerpflichtigen teilnehmen dürfen, die
ihre Abgaben pünktlich bezahlt haben. Die Idee klingt sehr
seltsam, aber was ist heute nicht schon alles an seltsamen
Vorschlägen Wirklichkeit geworden?

* Das Tragen von Dirndl kostüm ver-
boten! Der böhmisches Stadtrat der Stadt Ebenhütt,
einer Stadt, die noch vor kurzer Zeit überwiegend deutsch war,
nach und nach aber durch die bekannten Mittel „deutschiert“
wurde, hat das Tragen von Dirndl kostüm verboten, „weil
diese eine deutsche Alpenstrafe darstellen!“ Der Stadtrat
hat weiter das Deutschsprechen auf öffentlichen Plätzen untersagt.

Amtlicher Teil. (Nr. 175 vom 2. August 1920.)

An den Herren Landrat in Limburg.

In letzter Zeit mehren sich wieder die Klagen über falsches
Wegen im Kleinhandel zu Ungunsten des Käufers. Der-
artige Machenschaften, die geeignet sind, eine weitere Erregung
in der Bevölkerung hervorzurufen, verstößen sowohl gegen
die Preistreibereiordnung, wie auch gegen § 263 des
Straf-Gesetzbuchs.

Ich erlaube ergebenst, in vorkommenden Fällen gegen
derartig unlauftreue Machenschaften nachdrücklich einzuschreiten,
insbesondere Händlern, die dadurch ihre Unzuverlässigkeit
dargetan haben, auf Grund der Verordnung über die Fern-
haltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. Sep-
tember 1915 unverzüglich den Handel zu unterlassen.

Zweigstelle Frankfurt a. M., den 22. Juli 1920,
Landespolizeiamt.
ges. Unterschrift,
Tgb. Nr. 668. A.F. 20.

An die Ortspolizeibehörden und die Herren Landräte.

Abschrift mit dem Erlauben, den Kleinhandel nach dieser
Richtung hin zu überwachen und dem laufenden Publikum
zu empfehlen, Anzeige zu erstatten, wenn es eine be-
trügerische Handlung des Verkäufers festgestellt hat.

Limburg, den 26. Juli 1920.
L. Nr. 2534.

Der Landrat: Schellen.

Bekanntmachung.

Im Anschluss an meine Bekanntmachung vom 13. Juni
1920, Kreisblatt Nr. 139, wird den Oelstrukturzeugen des
Kreises Limburg zur Kenntnis gebracht, daß die Oelmühle
Theodor Knapp in Weiler, Kreis Oberlahn, gemäß Verfü-
gung des Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden Pr. I.
V. 1538, für die Oelstrukturzeugen des Kreises Limburg
zugelassen ist.

Limburg, den 28. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Schellen.

Ein Einzelfall gibt mir Gelegenheit, auf Folgendes
hinzuzweißen:

Bei der Prüfung der Bedürftigkeit eines Erwerbs-
losen sind nach § 6 der Verordnung vom 26. Januar 1920
(R. G. Bl. S. 98) außer seinen eigenen Einnahmen auch
solche der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen
mit zu berücksichtigen und infolgedessen auf die etwaige Unter-
stützung des Erwerbslosen anzzurechnen. Der dieser Be-
stimmung zugrunde liegende Gedanke ist der, dass die
in einem Haushalt zusammengehaltenen Familienmitglieder
eine wirtschaftliche und stützliche Einheit bilden und daher
in Zeiten der Not zu ihrer gegenseitigen Unterstützung auch
insofern herangezogen werden können, als eine gesetzliche
Unterhaltspflicht sonst nicht besteht. Bei grundsätzlicher An-
erkenntnis dieses Gemeinschaftsverhältnisses scheint es mir auf
der anderen Seite aber auch gerechtfertigt, Unterstützungen,
die die genannten Angehörigen des Erwerbslosen auf Grund

eigener oder fremder Vorlage beziehen, sowie deren Renten-
bezüge bei der Berechnung der Erwerbslosunterstützung
ebenso zu behandeln wie die Unterstützungen und Renten-
bezüge des Erwerbslosen selber, d. h. sie nur zur Hälfte
anzurechnen. Wenn auch der in dieser Beziehung möglicherweise
§ 12 der Verordnung die Angehörigen des Erwerbslosen
nicht ausdrücklich erwähnt, so halte ich noch eine entsprechende
Auslegung dieses Paragraphen nach dem Sinne der Ver-
ordnung für geboten, sonst es sich zum Unterstützungen und
Rentenbezügen von Familienangehörigen eines Erwerbs-
losen handelt, die in dessen Haushalt leben. Eine aus-
drückliche Auslegung im Wege einer Änderung der Ver-
ordnung über Erwerbslosenfürsorge behalte ich mir vor. Ich
darf bitten, die Träger der Erwerbslosenfürsorge vom Vor-
sitzenden in Kenntnis zu setzen.

Berlin, den 28. Juni 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

In Vertretung:
ges. Schell.

J. E. 1887/20.

An die Herren Bürgermeister des Kreises
Abdruck zur ges. Kenntnis und Beachtung.

Limburg, den 29. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. 2285.

Der Kreisobstbautechniker Deucher wird demnächst in
den nachfolgenden Gemeinden die auf den domänenstaatlichen
Grundstücken stehenden Obstbäume, sowie die Gemeindeobst-
anlagen und Gemeindebaumhülen besichtigen, und zwar:

Dienstag, den 3. August, morgens 6½ Uhr, in

Langendorf, b.

Mittwoch, den 4. August, morgens 6 Uhr, in Frichsen,
Donnerstag, den 5. August, morgens 6 Uhr, in

Dordorf,

Freitag den 6. August, morgens 6½ Uhr, in Dorchheim,
Samstag, den 7. August, morgens 6½ Uhr, in

Heschelheim,

Samstag, den 7. August, morgens 11 Uhr, in Mühlbach,
Dienstag, den 10. August, morgens 6 Uhr, in Thalheim,
Mittwoch, den 11. August, morgens 6 Uhr, in

Niederzeusheim,

Donnerstag, den 12. August, morgens 6 Uhr, in

Hadamar,

Freitag, den 13. August, morgens 6 Uhr in

Niederhadamar.

Samstag, den 14. August, morgens 7 Uhr in Elz,
Dienstag, den 17. August, morgens 8 Uhr in Offheim,
Mittwoch, den 18. August, morgens 8 Uhr in Ahlbach,
Freitag, den 20. August, morgens 9 Uhr in Oberweyer,
Freitag, den 20. August, nachmittags 1 Uhr in Steinbach.

Die Herren Bürgermeister der obigen Gemeinden ersuchen
ich, die Feldhüter oder Gemeindebeamte an den Be-
sichtigungen teilnehmen und die Anwesenheit des Kreis-
obstbautechnikers auf ortssäbliche Weise bekannt machen zu
lassen, mit dem Hinweis, dass der Kreisobstbautechniker in
obst- und gartenbaulichen Angelegenheiten für die Interes-
senten zu sprechen ist.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Reichsgetreideordnung für die
Ernte 1920 vom 31. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 1031) und
die Ausführungsanweisung vom 16. Juni 1920 wird für
den Kreis Limburg folgendes bestimmt:

Der Verlauf von Brotgetreide (Roggen, Weizen, Spelt,
Dinkel, Esel, Emmer und Einkorn), Gerste oder Hafer am
dem Halm ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Kom-
munalverbandes ist verboten.

Unter dieses Verbot fallen auch Veräußerungen im Wege
freiwilliger Versteigerungen, sowie Pacht-, Miet- oder son-
stige Verträge, die eine Umgehung dieses Verbots beweisen.

Aller vor dem 26. Mai 1920 abgeschlossenen Verträge
dieser Art sind nichtig (§ 4 der R. G. O. für die Ernte 1920).

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung werden nach
§§ 80, 81 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu
einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder
mit einer dieser Strafen bestraft. Auch der Versuch ist straf-
bar. Die verlaufenen Früchte können ohne Zahlung einer
Entschädigung für verfallen erklärt werden. Ist die strafbare
Handlung gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so kann
die Strafe auf Gefängnis bis zu 5 Jahren und auf Geldstrafe
bis zu 100 000 Mark erhöht werden. Neben Gefängnis kann auf
Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Limburg, den 8. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Ich erlaube die Herren Bürgermeister, vorstehende Be-
kanntmachung wiederholen auf ortssäbliche Weise bekannt zu
geben.

Limburg, den 8. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Ihre stattgefundene

VERLOBUNG

geben bekannt

Hedwig Schauss
Adolf Schneider

Ohren

Ennerich

August 1920.

2/175

Für die bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester

Marta Weber

erwünschte Teilnahme aller Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

Familie Weber.

Limburg, den 31. Juli 1920. 6/175

Mieter-Schuhverein E. V. Limburg.

Dienstag, den 3. August, abends 8^{1/4} Uhr, im kleinen Saale der Turnhalle:

Außerordentliche Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des 1. Vorsitzenden über den Stand der Mieterorganisationen und Beschlüsse der Tagungen in Frankfurt, Naumburg und Dresden;
2. Satzungsänderungen;
3. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktlich das Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Gäste sind willkommen

11/174

Der Vorstand.

Bis 31. August verreist.

Dr. med. Loeb.

11/175

Verreist bis 9. August.

A. Michels, Dentist.

8/175

Kunstlicht-Atelier! Foto-Handlung!

Fotografien in künstl. Ausführung.

Vergrößerungen nach jedem Bilde.

Schnellste Lieferung.

Geöffnet an Wochentagen von 8—6 Uhr,
an Sonntagen von 10—12 Uhr.

Billigste Bezugsquelle für Amateure.

Alle Neuheiten der Amateur-Fotografie.

Kostenlose fachm. Beratung.

Uebernahme aller Amateurarbeiten in sorgfältigster sauberer Ausführung.

Fotohaus A. Hardt, Limburg.

3/175 Obere Grabenstrasse 90.

Achtung!

Bin am Dienstag morgen von 7 Uhr an auf dem Markt in Limburg und verkaufe zu den billigsten Tagespreisen:

ein Waggon Einmachgurken
und Einmachbohnen.

Wilh. Hüninger
(aus Wiesbaden.)

1/175

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend unsr lieben, guten Vater, Bruder, Schwiegervater, Grossvater, Schwager und Onkel

Karl Ludwig Deusser

im 80. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Deusser.

Mensfelden, Limburg, Frankfurt, Wiesbaden, Oberneisen, Linter, Netzbach, den 1. August 1920. 12/175

Die Beerdigung findet Dienstag den 3. August, nachmittags 1^{1/2} Uhr in **Mensfelden** statt.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Limburg.

Mit Wirkung ab 1. August 1920 sind durch Sogungsschreif VII die Zusatzbeiträge für die Familienversicherung auf 30 Pfennig für jeden Arbeitstag (monatlich also rund 7,50 M.) festgesetzt worden. Die Beiträge sind wie bisher jeden Monat von den Beitragspflichtigen unauflösbar an unsere Kassen zu zahlen.

Gleichzeitig treten folgende Säugungsänderungen in Kraft:

- a) Der Höchstbetrag für kleinere Heilmittel und für Zuschüsse zu den Kosten größerer Heilmittel (§ 19 Biffer 1) ist auf 100 M. erhöht worden, desgleichen der Höchstbetrag für Zuschüsse zu Hilfsmitteln (§ 24) auf 150 M. und für kleinere Heilmittel an Familienangehörige (§ 30a Biffer 1c) auf 20 M.
- b) Familienangehörige erhalten künftig die gleiche ärztliche Behandlung wie die Kassennmitglieder selbst (§ 30a Biffer 4a).
- c) Anstelle der Familienwochenhilfe (§ 30a Biffer 2) ist die Wochenhilfe nach dem Gesetz vom 30. April d. J. getreten.

Limburg, den 31. Juli 1920. 7/175

Der Vorstand.

Frucht- und Kartoffel-Säcke

in bester Qualität. 8/175

Bei Abnahme von 12 Stück ein gros-Preis.

Wilhelm Lehnard sen.

Limburg.

Fernsprecher 144

Kornmarkt 1.

Die Geschäftswelt

muss im eigenen Interesse über alle behördlichen Verfügungen auf dem Laufenden bleiben. Der

Limburger Anzeiger

der als amtliches Kreisblatt das Sprachrohr der Behörden ist, bildet deshalb nach wie vor für jeden Geschäftsmann ein unentbehrliches Informations- u. Nachschlageblatt. Bestellungen werden jederzeit in der Geschäftsstelle, Brückengasse 11, sowie von allen Trägerinnen entgegengenommen.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Herrenwelt-Deutschlands beliebteste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

zu Bank- und Schiffahrts-Nachrichten
und Kupferstichdruck-Bildage
Rundschau im Blilde

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Frühbirne

abzugeben.

Untere Schiene

Hoch angesehene Anzeigenseite der Unfall-, Polizei- und Branden, hat ihre

Hauptagentur

mit Insasso zu vergießen, welche in der Zeit das bestehende Geschäft auszubauen, bietet eine Gelegenheit zur Schaffung neuer Nebeneinnahmen. Ggf. Angebote mitgabe von Referenzen zu N. G. 876 an Rudolf W. Frankfurt a. Main.

10—15 gus Steinbrech

für Kalksteinbrüche zu verkaufen. Betriebsführer Steeden a. d. Lippe

Monatsmädchen od. sofort gesucht.

Zul. Wein

Freischmiede, suchte
Schweizerin mit Hamm zu verkaufen. 5/175 Zöhring

Handwerke Gewerbetreibende
orthodoxe Auskunft, Ratschläge allen Angelegenheiten
Wirtschaftsfrage
Rechtsfragen
Fachliche Beratung
Steuersachen
Rechtsfragen
Technische Rat
Forderungen
Buchführung
durch die Geschäftsführer des Kreisverbands für Handwerk und Gewerbe Limburg & Lahn

Neue Kelter

1 Jahr gebraucht, Spindelpresse v. Maybach zu verkaufen. Kellerei Linscheid, Weinähr

Deutsche Warte

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und Bodenreform

mit den Beiblättern

Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Jugendwarte — Der Sonntag — Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen, Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkäufe von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer liegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffentlichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Zeitung keine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnstraße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede offizielle Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstellen mit dem Adressen des Besitzers sofort zu übermitteln. Das Ziel, dass von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer Verlängerung angefordert werden kann. Die Steuer betrifft hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.